



WZB

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte
und gesellschaftliche Integration (AKI)

Impressum

AKI-Newsletter
ISSN 1613-1355

Herausgeber: PD Dr. Karen Schönwälder,
Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte
und gesellschaftliche Integration (AKI)
(verantwortl.)

Redaktion: Helen Baykara-Krumme,
Karen Schönwälder, Nilgün Dağlar

AKI
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Reichpietschauer 50
D-10785 Berlin
Telefon 030- 254 91-352
Telefax 030- 254 91-308
E-Mail: aki@wzb.eu
Internet: www.aki.wzb.eu

Der AKI-Newsletter erscheint dreimal im Jahr.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Adresse.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck. Um
Übersendung eines Beleg-Exemplars wird gebeten.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher
Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die
Inhalte externer Links. Für den Inhalt der
verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betrei-
ber verantwortlich.

Gestaltung: kognito Berlin

GEFÖRDERT VOM



Übergänge und Barrieren

Mit zentralen Herausforderungen der Integrationsforschung und Integrationspolitik beschäftigte sich kürzlich eine gut besuchte Konferenz der AKI. Ursachen der geringeren Bildungs- und Arbeitsmarktchancen und Bedingungen der politischen Partizipation von MigrantInnen standen im Zentrum der internationalen Veranstaltung.

Die Bedeutung einer frühzeitigen Förderung für Kinder aus Migrantenfamilien ist in aller Munde: Durch frühe Interventionsmaßnahmen sollen wichtige Grundlagen für spätere Bildungs- und Berufschancen gelegt werden. Auf der Konferenz wurde deutlich, dass in der sprachwissenschaftlichen Forschung einige klare Erkenntnisse dazu vorliegen, wie diese Frühförderung angelegt werden sollte: Kinder sind in der Lage, schnell und unproblematisch zwei Sprachen als Erstsprachen zu erlernen. Entgegen anders lautenden Annahmen müssen sie nicht erst eine bestimmte „Schwelle“ in einer Sprache erreicht haben. Wenn sie zeitweise beide Sprachen vermischen, ist dies unproblematisch.

Mühsamer ist es, Deutsch später als Zweitsprache zu erlernen. Dennoch kann auch dies sehr effektiv gefördert werden. Zentrale Voraussetzungen sind eine möglichst frühe, idealerweise bereits vor dem Kindergartenalter beginnende, systematische und regelmäßige Sprachförderung durch gut qualifizierte MitarbeiterInnen. Fremdsprachige Eltern, so die Sprachwissenschaftlerin Rosemarie Tracy, sollten keinesfalls ermuntert werden, etwa mit ihren Kindern Deutsch zu sprechen. Erwachsene lernten eine Sprache völlig anders und brächten den Kindern nur Fehler bei. Und noch in einem weiteren Punkt widersprach sie dominierenden Trends: Anstatt lediglich flächendeckende Tests einzuführen, sollte die Energie auf individuelle Sprachstandserfassungen und gezielte Fördermaßnahmen konzentriert werden. ▶ ▶ ▶ S. 2

Jugendgewalt: Ursachen nicht eindeutig

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat eine weitere Studie zu Gewalttätigkeit bei Jugendlichen veröffentlicht. Bemerkenswert ist nicht nur die differenzierte Berücksichtigung von fünf Migrantengruppen und einer deutschen Vergleichsgruppe. Zur Erklärung der beobachteten höheren Gewaltbelastung von Migrantengruppen werden multivariate statistische Verfahren angewandt, die bisher in diesem Forschungsfeld eher selten anzu-treffen sind.

Im Rahmen der Schülerbefragung 2005 wurden in neun ausgewählten Städten und Landkreisen Westdeutschlands 14.301 SchülerInnen der neunten Jahrgangsstufe befragt. Ziel ist es, von den polizeilichen Kriminalstatistiken unabhängige Informationen über das Ausmaß an Jugendgewalt zu erhalten. Informanten sind hier also die Jugendlichen selbst.

Insgesamt gut 5000 Befragte waren nichtdeutscher Herkunft, und ein zentrales Interesse der Untersuchung liegt in der Messung und Erklärung ethnischer Differenzen. Die größten Gruppen, zu denen für weitergehende Analysen noch ausreichende Fallzahlen vorliegen, sind die Jugendlichen türkischer, russischer bzw. ehemals sowjetischer, jugoslawischer, polnischer und italienischer Herkunft. Erfragt wurden Täter- und Opfererfahrungen von Gewalt. Schwerpunktartig ging es darum, ob die Jugendlichen im Jahr vor dem Interview Gewalt in Form von Körperverletzung, Raub, Erpressung und Bedrohung mit einer Waffe ausgeübt hatten. ▶ ▶ ▶ S. 3

► ► ► Übergänge und Barrieren

Der frühpädagogische Bereich und die Auswirkungen nicht elterlicher Betreuungen sind in Deutschland noch recht wenig erforscht. Nach Ansicht von Hans-Günther Roßbach aus Bamberg ist der deutsche Kindergarten im internationalen Vergleich nicht so schlecht, wie er gelegentlich scheint. Gleichwohl könne allein ein Kindergartenbesuch die Benachteiligung von Migrantenkindern nicht ausgleichen. Chancengleichheit für Kinder aus benachteiligten Familien sei nur durch spezifische qualitativ hochwertige Förderprogramme zu erreichen, die es weiter zu entwickeln und zu erproben gelte.

Nationaler Integrationsplan

Mit Sprachförderung, Bildungsbenachteiligung und Arbeitsmarktchancen von MigrantInnen und ihren Kindern beschäftigten sich auch zwei der insgesamt zehn Arbeitsgruppen, die vor einem Jahr eingesetzt worden waren, um Bestandsaufnahmen und Handlungsempfehlungen für den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung zu entwickeln. Weitere Arbeitsgruppen, die sich aus VertreterInnen verschiedener Verbände und Behörden, PolitikerInnen und einigen WissenschaftlerInnen zusammensetzten, befassten sich u.a. mit den Integrationskursen und den Medien, nicht aber politischer Partizipation. *Die Abschlussberichte aller Arbeitsgruppen finden Sie ab dem 12. Juli unter www.integrationsbeauftragte.de.*

Hinlänglich bekannt sind die geringeren Chancen von MigrantInnen beim Übergang in die Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Unstrittig ist, dass dafür zum Teil die niedrigeren Bildungsabschlüsse und geringeren Deutschkenntnisse verantwortlich sind. Diese allein können jedoch die Unterschiede nicht erklären. Kontrovers diskutiert wurden auf der Konferenz weitere Ursachen der Benachteiligung. So gibt eine aktuelle Studie des Bonner Bundesinstituts für Berufsbildung, die Mona Granato vorstellte, deutliche Hinweise auf diskriminierende Auswahlprozesse bei der Ausbildungsplatzvergabe.

Der Leipziger Soziologe Frank Kalter dagegen argumentierte, dass die ethnische Zusammensetzung der sozialen Netzwerke ein entscheidender Grund dafür sei, dass sich einige MigrantInnen erfolgreicher auf dem Arbeitsmarkt positionieren könnten als andere. Wie genau die sozialen Netzwerke die Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen beeinflussen, ist dabei noch ungeklärt. Selektionsmechanismen der Arbeitgeber und mögliche Formen von Diskriminierung, denen MigrantInnen ausgesetzt sind, sollten noch genauer untersucht werden.

Ein in Deutschland noch recht unerforschter Bereich ist die Teilhabe von MigrantInnen in der politischen Sphäre. Zunehmend stellen sie ein wichtiges Wählerpotential dar, für das sich auch die politischen Parteien zu interessieren beginnen. Erkenntnissen der internationalen Forschung zufolge gibt es längerfristig Unterschiede zwischen MigrantInnen und Einheimischen.

Für Frankreich machte Vincent Tiberj darauf aufmerksam, dass EinwandererInnen zwar in den Ansichten zum politischen System weitgehend mit Einheimischen übereinstimmen. Sie sind jedoch seltener als Wähler registriert und haben andere Parteipräferenzen. Gruppenspezifische Parteipräferenzen finden sich auch in der Migrantenbevölkerung Deutschlands. Der Mannheimer Politologe Andreas Wüst zeigte anhand bislang allerdings nur sehr spärlicher empirischer Belege zudem eine geringere Wahlbeteiligung Eingebürgerter in Deutschland. Dies gilt auch für die USA. Nach Angaben von Louis DeSipio von der University of California liegt dies wesentlich an der sozio-strukturellen Zusammensetzung der wahlberechtigten Migrantenbevölkerung, die der der Nichtwähler in der einheimischen Bevölkerung sehr ähnelt.

Den politischen Rahmenbedingungen kommt eine weitere zentrale Rolle zu. Die Kanadierin Karen Bird betonte jedoch, dass das Ausmaß, in dem MigrantInnen in lokalen und nationalen Parlamenten repräsentiert sind, nicht nur mit dem jeweiligen Staatsbürgerschaftsregime zu erklären ist, sondern auch mit den nationalen bzw. regionalen Wahlsystemen und den Auswahlprozessen der Kandidaten. Anders als in Deutschland gelten dabei MigrantInnenorganisationen in der internationalen Forschung als wichtige intermediäre Institutionen. Sie könnten, so Louis DeSipio, noch aktiver die politische Mobilisierung von MigrantInnen fördern. Für verschiedene europäische Städte zeigte der Niederländer Jean Tillie, dass nicht nur die Mitgliedschaft in MigrantInnenorganisationen, sondern auch ein hoher Grad an Vernetzung dieser Organisationen untereinander die politische Partizipation von Migranten erhöht.

Deutsche PolitikerInnen mit Migrationshintergrund verstehen sich selbst nicht primär als Vertreter bestimmter Migrantengruppen, obwohl sie von der Mehrheitsgesellschaft wie auch den MigrantInnen oft so wahrgenommen werden. In einer Abschlussrunde diskutierten die Abgeordneten Jorgo Chatzimarkakis, Sevim Dağdelen, Cem Özdemir und Ülker Radziwill dieses Spannungsfeld. Anders als in einigen anderen Ländern, in denen PolitikerInnen expliziter ethnische Minderheiten vertreten, sehen sie eine Normalisierung ihrer Rolle dann erreicht, wenn sie nicht mehr nur als MigrantInnenpolitiker wahrgenommen werden. Welche Rolle PolitikerInnen mit Migrationshintergrund für die breite politische Partizipation von Migranten spielen, welche Funktion MigrantInnenorganisationen dabei zukommen kann oder wie relevant die biographischen Erfahrungen im Herkunftsland für politisches Interesse im Einwanderungsland sind – dies sind nur einige der noch ungeklärten Fragen in einem insgesamt, das wurde auf der Konferenz deutlich, vor allem in Deutschland noch wenig bearbeiteten Forschungsfeld. ■ ■ ■

► ► ► Jugendgewalt

Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten häufiger von Gewalttaten als einheimische Jugendliche. Am häufigsten bekennen sich männliche Jugendliche türkischer Herkunft dazu, jemanden anderen körperlich verletzt zu haben und nennen damit am häufigsten von allen Migranten mindestens eine Gewalttat. Andere Formen von Gewalt, wie Raub, Erpressung oder Bedrohung mit einer Waffe, kommen bei ihnen seltener vor als in anderen Migranten-Gruppen. Während ihre Gewaltprävalenz seit 1998 gesunken ist, zeigen Jugendliche, deren Eltern aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kamen, im Gegensatz zu früheren Studien eine gegenüber den alteingesessenen Jugendlichen erhöhte Gewalttätigkeit. Auch die Mädchen ausländischer Herkunft haben häufiger mindestens eine Gewalttat verübt als ihre Peers. Anders als die Jungen sind sie allerdings nicht signifikant öfter Mehrfachtäterinnen.

Zur Erklärung des Gewaltverhaltens führen die Autoren primär die geringeren Bildungschancen der Migrantenjugendlichen, die häufiger erlebte Gewalt durch Eltern in der Erziehung, die stärkere Ausprägung bestimmter Männlichkeitsnormen und die häufigere Nutzung gewalthaltiger Medien an. Die präsentierten Daten unterstützen diese Schwerpunktsetzung jedoch nur teilweise. Zwar erweisen sich in der Gesamtanalyse diese Faktoren, vor allem der Schultyp, als einflussreich, die höhere Gewaltwahrscheinlichkeit von Jugendlichen türkischer oder russischer Herkunft können sie aber nicht erklären.

Auch in weitergehenden Analysen zeigen sich keine eindeutigen empirischen Belege für die von den Autoren genannten Gründe. So erscheint zum Beispiel die Betonung kultureller Unterschiede wenig plausibel. Zwar stimmen die Jugendlichen aus Migrantenfamilien stärker Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen zu, aber innerhalb der Gruppe der Personen türkischer, jugoslawischer und italienischer Herkunft hat eine solche Haltung keinen signifikanten Einfluss auf die Neigung zu Gewalttätigkeit. Relevant ist sie lediglich bei Jugendlichen deutscher und polnischer Herkunft.

Gleiches gilt für die Rolle des Umgangs mit den Medien. Jugendliche aus Migrantenfamilien spielen zwar häufiger gewalthaltige Computerspiele. Aber für Jugendliche türkischer, russischer oder italienischer Herkunft macht es keinen Unterschied für ihr eigenes Gewaltverhalten, wie häufig sie diese Spiele spielen. Nur bedingt eindeutig ist auch die Rolle elterlicher Gewalt. Der Einfluss der sozialen Herkunft bleibt in diesen separaten Analysen insgesamt eher gering, wird aber auch nur sehr grob gemessen über den Schultyp des befragten Jugendlichen und eine Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug des Haushaltsvorstands. Tatsächlich erweisen sich das soziale Umfeld (delinquente Freunde), eigene Opfererfahrung

und ein nach Selbsteinschätzung aufbrausendes Temperament durchgängig in allen Gruppen als signifikante Prädiktoren für das Gewaltverhalten. Darauf gehen die Autoren jedoch nur am Rande ein. Weitere Erhebungen und Analysen sind in Arbeit. Bereits zum Jahresende werden erste Ergebnisse einer rund 50.000 SchülerInnen umfassenden Befragung zu Jugendgewalt und Delinquenz erwartet.

Dirk Baier und Christian Pfeiffer: Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention. Forschungsbericht 100. Hannover 2007.

Diese und weitere Publikationen des Instituts finden Sie unter www.kfn.de ■ ■ ■

Vielfältige Mediennutzung Normalität

Bis heute liefern die gängigen, regelmäßigen Studien zur Mediennutzung der Bevölkerung Deutschlands kein brauchbares Bild derjenigen mit Migrationshintergrund. Um zu ermitteln, welche Medien von immerhin fast 20% der Bevölkerung genutzt werden, sind besondere Studien erforderlich. ARD und ZDF ließen jetzt durch das EMNID-Institut untersuchen, welche Bedeutung unterschiedliche Medien im Alltag von MigrantInnen haben. Veröffentlicht wurde bislang allerdings nur eine ausführliche Präsentation zentraler Ergebnisse, kein detaillierter Bericht. Der WDR ließ bereits 2002, 2004 und 2006 Studien zur Mediennutzung der MigrantInnen bzw. der türkischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen durchführen.

Die ARD/ZDF-Studie, für die 3000 Personen ab 14 Jahren befragt wurden, ist repräsentativ für sechs große Migrantengruppen. Neben aus der Türkei, Griechenland, Italien und Jugoslawien (bzw. den Nachfolgestaaten) stammenden MigrantInnen sind dies die Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (hier vereinfacht als „Spätaussiedler“ gefasst) und aus Polen (incl. Aussiedler).

Insgesamt zeigt die Studie, dass es unter MigrantInnen völlig normal ist, sowohl deutsch- als auch herkunftssprachige Medien zu nutzen. Wer regelmäßig Tageszeitungen liest (dies tun 40%), liest ganz überwiegend deutschsprachige Zeitungen. Nur 22% - so die WDR-Studie von 2004 - lesen nie deutschsprachige Zeitungen. Gleichzeitig liest über ein Viertel der MigrantInnen mehrmals in der Woche eine Tageszeitung in der Herkunftssprache. Dies ist keinesfalls nur unter türkeistämmigen MigrantInnen gängig; auch etwa ein Viertel der GriechInnen und der ItalienerInnen lesen häufig Zeitungen in ihrer Herkunftssprache.

Nach den Studien für den WDR hat aber allein zwischen 2002 und 2004 die Nutzung von Tageszeitungen und Radio abgenommen. Auffallend ist die relativ geringe Bedeutung des

Radios unter MigrantInnen, die die ARD/ZDF-Studie dokumentiert: 39% der Türkeistämmigen haben gar keinen Radioapparat im Haushalt, und auch unter den Spätaussiedlern gilt dies für 25%. Fast alle aber besitzen einen Fernseher.

Nur eine kleinere Gruppe (14%) nutzt beim Fernsehen ausschließlich herkunftssprachige Angebote. Unter italienisch- (21%) und türkeistämmigen (30%) MigrantInnen sind die entsprechenden Gruppen etwas größer. Dies reflektiert höchstwahrscheinlich vor allem das größere Angebot in diesen Sprachen. Für diese Annahme spricht auch die Beobachtung der Studien für den WDR, wonach von 2002 bis 2004 die Nutzung des herkunftssprachigen Fernsehens um immerhin 5,3% zugenommen hat. Ob unter denen, die herkunftssprachige Medien bevorzugen, vielleicht neu Zugewanderte oder Ältere besonders zahlreich sind, erfahren wir nicht.

Folgt man einer qualitativen Studie für den WDR, dann bedient das türkische Fernsehen „vor allem Bindungswünsche“; es bietet ein Familienprogramm und wirkt gemeinschaftsstärkend. Das deutsche Fernsehen dagegen gilt unter Deutschtürken als nützlich für Bildung und Information.

„Migranten und Medien“, ARD/ZDF, 2007, www.unternehmen.zdf.de (unter Veranstaltungen)

Media Perspektiven, Heft 8, 2006 (mit Beiträgen u. a. zu den WDR-Studien), kostenfrei verfügbar unter www.daserste.de/service/0206.pdf

Vgl. zu Medien und Migranten bereits den AKI-Newsletter Ausgabe 5, April 2005. ■ ■ ■

Religionsfreiheit und religiöse Pluralität

Religion ist wieder ein Thema in den Sozialwissenschaften. Die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft, aktuelle Konflikte um die öffentliche Anerkennung vor allem des Islam und die Religionsfreiheit werden verstärkt als wissenschaftliche Herausforderungen begriffen.

Auf unterschiedliche Art zeigen Oliver Lepsius und Richard Münch, dass das Grundrecht der Religionsfreiheit keineswegs ein einheitlich ausgefülltes Prinzip westlicher Demokratien ist. Vielmehr gibt es in Deutschland, Frankreich und den USA recht unterschiedliche Ausprägungen dieses Rechts, die dessen unterschiedliche historische Entstehungsbedingungen widerspiegeln. Kennzeichnend für Deutschland ist ein „subsidiär-korporatistisches Arrangement zwischen Staat und Kirche“ (Münch), also ein Tauschgeschäft, in dem die Kirchen bestimmte Positionen im Sozialstaat übernehmen, um im Gegenzug eine privilegierte Stellung zu erhalten. Anders als in den USA ist die Religionsfreiheit daher nicht als Minderheitenrecht konzipiert, sondern „auf die Bedürfnisse der christlichen Kirchen ausgerichtet“ (Lepsius). Dabei ist gleichzeitig der Schutz der Grundrechte und der Religionsfreiheit

in Deutschland relativ weitgehend, was unter Umständen heute dazu einlade, soziale Praxen als religiöse zu interpretieren.

Beide Soziologen bezweifeln, ob das deutsche, im 19. Jahrhundert entstandene Modell für die demokratisierte und pluralisierte Gesellschaft des 21. Jahrhunderts noch tragfähig ist. So kritisiert Münch dessen „fehlende Offenheit für die Inklusion anderer religiöser Gemeinschaften christlicher und nicht-christlicher Art in die Gesellschaft“. Durch die starke Bindung der „Leitkultur“ oder Zivilreligion unserer Gesellschaft an die christlichen Großkirchen entstehe auch ein „Legitimationsdefizit der politischen Ordnung“.

Dem „Konfliktfeld Islam“ ist der neue Sonderband der Zeitschrift „Soziale Welt“ gewidmet. Im Zentrum stehen Umgangsweisen mit dem Islam und muslimischen Einwanderern in europäischen Gesellschaften.

Daran, dass nicht alle Einwanderer in Westeuropa Muslime sind, erinnert an anderer Stelle Karsten Lehmann. Auch die christlichen Migrantengemeinden, zu deren Bedeutung und Entwicklungsphasen er einige allerdings noch eher spekulative Thesen präsentiert, sollten in Kooperation von Religionssoziologie und Migrationsforschung stärker erforscht werden.

Oliver Lepsius: *Die Religionsfreiheit als Minderheitenrecht in Deutschland, Frankreich und den USA*, *Leviathan*, 34. Jg., 2006, H. 3, 321-349.

Richard Münch: *Religiöse Pluralität im nationalen Verfassungsstaat. Funktionale Grundlagen und institutionelle Formung aktueller Konflikte*, *Berliner Journal für Soziologie*, 16. Jg., 2006, H. 4, 463-484.

Karsten Lehmann: *Community-Kirchen im Wandel. Zur Entwicklung christlicher Migrantengemeinden zwischen 1950 und 2000*, *Berliner Journal für Soziologie*, 16. Jg., 2006, H. 4, 485-501.

Monika Wohlrab-Sahr und Levent Tezcan (Hg.): *Konfliktfeld Islam in Europa*, *Soziale Welt, Sonderband 17*, 2007. ■ ■ ■

Selbständige

Auf unkonventionelle Art beschäftigte sich ein transnational angelegtes Projekt mit selbständiger Erwerbstätigkeit von MigrantInnen sowie Frauen ohne Migrationshintergrund. In sechs europäischen Ländern (Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Griechenland, Italien) wurden jeweils 44 individuelle Fälle erfolgreicher und gescheiterter Projekte mit Hilfe biographischer Interviews untersucht. Die Ergebnisse des von 1998 bis 2001 von der EU geförderten Vorhabens erscheinen jetzt im VS-Verlag.

Ursula Apitzsch and Maria Kontos (Eds.): *Self-employment activities of women and minorities. Their success or failure in relation to social citizenship policies in Europe*, Wiesbaden (August) 2007. ■ ■ ■